


Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.03.2016

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:05 Uhr
Ende:	17:54 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Möller
Schriftführerin:	

Tagesordnung:

		Drucksachen- Nummer
I.	Öffentlicher Teil	
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
3.1.	Antrag auf Änderung der Mitgliedschaft im Unterausschuss Familienförderung	0514/16
4.	Einwohnerfragestunde	
5.	Behandlung von Entscheidungsvorlagen	
6.	Festlegungen des Ausschusses	
6.1.	Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 18.02.2016 - Übernahme der Dolmetscherkosten bei El-	0358/16

terngesprächen in Kitas
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

- 6.1.1. Nachfragen zur DS 0358/16 - Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 18.02.2016 - Übernahme der Dolmetscherkosten bei Elterngesprächen in Kitas **0479/16**
BE: Herr Möller, Ausschussvorsitzender JHA
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur
- 6.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 18.02.2016 - Information zum aktuellen Verfahrensstand zum Konzept zur Erweiterung der Betriebserlaubnis der Kindertageseinrichtungen **0360/16**
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur
7. Informationen
- 7.1. Umsetzung Kita-Entgeltordnung **0374/16**
BE: Herr Möller, Ausschussvorsitzender JHA
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur
- 7.2. Informationen zu jugendhilferelevanten Beschlüssen des Stadtrates (mdl.)
BE: amt. Leiterin des Jugendamtes
- 7.3. Sonstige Informationen

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Möller, eröffnete die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zu diesem Zeitpunkt waren 15 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Herr Möller begrüßte alle Mitglieder und Gäste des Ausschusses.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Möller, verwies auf den als Tischvorlage vorliegenden Antrag DS 0514/16 von Herrn Uhlig zur Änderung der Besetzung im Unterausschuss Familienförderung. Herr Uhlig begründet die Dringlichkeit des Antrages mit dem Ausscheiden von Frau Schuster. Der Ausschussvorsitzende, Herr Möller ließ über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen.

15 Ja 0 Nein 0 Enthalten 0 Befangen bestätigt

Da die Dringlichkeit mit der benötigten 2/3 Mehrheit bestätigt wurde, wurde die Drucksache anschließend unter dem TOP 3 Dringliche Anfragen behandelt.

3. Dringliche Angelegenheiten

3.1. Antrag auf Änderung der Mitgliedschaft im Unterausschuss Familienförderung

0514/16

Der Ausschussvorsitzende, Herr Möller stellte die Drucksache 0514/16 zur Abstimmung.

beschlossen Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Der Jugendhilfeausschuss der Landeshauptstadt Erfurt beschließt folgende Änderungen in der Besetzung des Unterausschusses Familienförderung wie folgt:

Alt: Birgit Schuster

Neu: Anja Kaufmann.

4. Einwohnerfragestunde

Einwohneranfragen lagen nicht vor.

5. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

Entscheidungsvorlagen nicht vor.

6. Festlegungen des Ausschusses

6.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 18.02.2016 - Übernahme der Dolmetscherkosten bei Elterngesprächen in Kitas 0358/16 BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Der Tagesordnungspunkt 6.1 wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 6.1.1. beraten.

Die Stellungnahme der Verwaltung zur DS 0358/16 sowie zur DS 0479/16 lagen den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses als Tischvorlage vor.

Frau Rothe-Beinlich wies noch einmal auf das Problem eines vernünftigen Erstkontaktes in den Kindertagesstätten hin, dieses sei ohne einen Dolmetscher nicht möglich.

Frau Keil fragte nach dem Projekt aus Bremen, dort würden Dolmetscher über Skype zugeschaltet. Die amt. Leiterin des Jugendamtes Frau Dr. Schwiefert erklärte, dass sie mit der Ausländerbehörde im Gespräch sei, zur Zeit könnte aber noch nichts konkretes zu den Konditionen gesagt werden. Sobald eine Information vorläge, würden diese den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses mitgeteilt.

Frau Dietz fragte nach der Möglichkeit, ob Dolmetscher auch an Elternabenden teilnehmen könnten. Frau Dr. Schwiefert erklärte, dass dieses Problem bisher noch nicht an das Jugendamt herangetragen worden sei. Probleme dieser Art seien bisher immer über die ehrenamtlichen Betreuer oder die Sozialbetreuer gelöst worden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Möller erklärte, dass eine Lösung für dieses Problem gefunden werden müsse. Die betroffenen Eltern müssten eine Möglichkeit bekommen, im Kindergarten direkt mit den Erziehern zu reden. Auch könne es nicht sein, dass Kinder die Elternrolle übernehmen, wenn kein Dolmetscher zur Verfügung stünde. In diesem Zusammenhang verwies Herr Möller auf das SGB VIII und die Grundlagen zum Kindeswohl.

Frau Dr. Schwiefert verwies auf die Allgemeinverfügung¹ des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport für Kindertageseinrichtungen auf dem Gebiet der Stadt Erfurt zur Genehmigung der Überschreitung der durch die Betriebserlaubnis bestimmten Rahmenkapazität für die Betreuung von Kindern zum Zwecke der Aufnahme von Flüchtlingskindern. Diese sei an alle Träger einer Kindertageseinrichtung gesendet worden. Weiter führte Sie aus, dass bisher 300 Kinder noch nicht in den Einrichtungen angekommen seien. Weiter erklärte sie, dass ein Dolmetscher nicht immer gleich zur Verfügung stünde und daher eine Lösung über Telefon gut und auch sinnvoll sei. Sie werde an dem Prüfauftrag weiter verfolgen.

¹ Die Allgemeinverfügung liegt der Niederschrift als Anlage 1 bei

Herr Gruber erklärte, dass es sich bei der Stellungnahme der Verwaltung um eine erste Möglichkeit handelt, die Dolmetscherleistungen in Anspruch zu nehmen. Eine Pauschale für Dolmetscherleistungen pro Kita sei rechtlich nicht abgesichert.

Frau Löbl, erläuterte die derzeitige Situation der freien Träger und wies auf die vermeintliche Glaubwürdigkeit von Übersetzungen hin, ebenso sollten die Datenschutzbestimmungen nicht außeracht gelassen werden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Möller schlug vor, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu vertagen und legte gemeinsam mit den Ausschussmitgliedern fest, dass die Verwaltung die Stellungnahme zur DS 0358/16 noch einmal unter dem Gesichtspunkt des SGB VIII überarbeitet.

Dagegen erhob sich von Seiten Ausschussmitglieder kein Widerspruch.

vertagt

- 6.1.1. Nachfragen zur DS 0358/16 - Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 18.02.2016 - Übernahme der Dolmetscherkosten bei Elterngesprächen in Kitas 0479/16**
BE: Herr Möller, Ausschussvorsitzender JHA
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Der TOP 6.1.1 wurde gemeinsam mit dem TOP 6.1 beraten.

Siehe TOP 6.1

zur Kenntnis genommen

- 6.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des JHA vom 18.02.2016 - Information zum aktuellen Verfahrensstand zum Konzept zur Erweiterung der Betriebserlaubnis der Kindertageseinrichtungen 0360/16**
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Die Stellungnahme zur DS 0360/16 erfolgte laut der vorliegenden Tischvorlage mündlich.

Die amt. Leiterin des Jugendamtes, Frau Dr. Schwiefert, führte aus, dass seit dem 09.03.2016 allen Trägern die Allgemeinverfügung des Ministeriums vorläge. Sie wies auf darauf hin, dass es den Trägern überlassen sei, ob diese die 5%-Überkapazität ausschöpfen würden oder nicht. Sie bat die Träger, die Information aus der Allgemeinverfügung an die Leiter und Leiterinnen der Einrichtungen weiter zu geben, da sich das Ministerium vorbehält bei den Einrichtungen Erkundigungen in Bezug auf aufgenommen Flüchtlingskinder

einzuholen. Ein Schreiben² zum Verfahrensablauf bei der Vergabe der Kitaplätze an Flüchtlingskinder sei heute an die Träger versendet worden. Auch diesbezüglich äußerte Frau Dr. Schwiefert den Wunsch, dieses Schreiben an die Leiter/innen der Einrichtungen weiter zu leiten.

Frau Dietz fragte nach, ob außerhalb der Stichtagsregelung Mehrbedarfe beim Personal angemeldet werden dürfen. Dieses wurde von Frau Dr. Schwiefert bejaht.

Frau Dietz, fragte nach dem Stand des Online-Portals "KIVAN" zur Vergabe von Plätzen in Kindertageseinrichtungen. Der zuständige Mitarbeiter des Jugendamtes erklärte den Stand zum Online-Portal "KIVAN" und führte aus, dass das vorhandene Programm komplett überarbeitet werden musste. Da eine lauffähige Version für Anfang April geplant sei einigte sich der Jugendhilfeausschuss auf folgende Festlegung.

Die Verwaltung wird gebeten dem Jugendhilfeausschuss eine Information über den Sachstand zur Einführung des Online-Portals "KIVAN" zu geben. T: 14.04.2016 V: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur	DS 0498/16
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------

zur Kenntnis genommen

7. Informationen

7.1. Umsetzung Kita-Entgeltordnung 0374/16 BE: Herr Möller, Ausschussvorsitzender JHA hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Die Stellungnahme der Verwaltung zur Drucksache 0374/16 lag den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor.

Frau Kohler fragte nach, ab wann die Arbeiterwohlfahrt die einheitliche Entgeltordnung anwenden würde. Die amt. Leiterin des Jugendamtes Frau Dr. Schwiefert erklärte, dass das Jugendamt gemeinsam mit der Arbeiterwohlfahrt an einer Lösung arbeitet. Einen genauen Termin zur Umsetzung hat die Arbeiterwohlfahrt allerdings noch nicht genannt. Frau Keil führte aus, dass die Arbeiterwohlfahrt bereits einen neuen Mitarbeiter eingestellt hätte und kurz vor der Umsetzung der einheitlichen Entgeltordnung stünde.

² Das Schreiben zum Verfahrensablauf bei der Vergabe von Kitaplätzen an Flüchtlingskinder liegt der Niederschrift als Anlage 2 bei

Frau Löbl fragte nach, aus welchen Gründen der August-Viktoria-Stift die einheitliche Entgeltordnung der Stadt Erfurt nicht umsetze und regte eine Vergleichsberechnung der einheitlichen Entgeltordnung mit der Entgeltordnung des August-Viktoria-Stiftes an. Der zuständige Mitarbeiter des Jugendamtes führte hierzu aus, dass eine solche Vergleichsberechnung nur durch den Träger selber durchgeführt werden könnte. Eine Möglichkeit zur Vergleichsberechnung, unabhängig vom Träger, wäre die Einrichtung einer Vergleichsgruppe, welche zur Analyse herangezogen werden könnte. Dieses Verfahren sei aber nur eine theoretische Möglichkeit, da sie mit hohem Aufwand verbunden sei.

Der Ausschussvorsitzende Herr Möller fasste zusammen, dass die einzelnen Zahlen im Hinblick auf die Evaluierung der einheitlichen Entgeltordnung im Sommer gemeinsam diskutiert werden sollten und das der Träger August-Viktoria-Stift grundsätzliche Motive habe, die einheitliche Entgeltordnung nicht umzusetzen.

Herr Edom führte aus, dass er beim August-Viktoria-Stift um die Umsetzung der einheitlichen Entgeltordnung geworben hätte, da alle anderen evangelischen Träger die einheitliche Entgeltordnung anwenden würden. Dem Stift ginge es nicht um das Geld, sondern um grundgesetzliche Rechte welche der August-Viktoria-Stift umsetze. Der August-Viktoria-Stift hätte nicht die Absicht, Eltern schlechter oder besser darzustellen. Herr Edom schlug vor, auf die Entwicklung der Zahlen zu warten.

Herr Richter fragte nach, wie der Differenzbetrag 2015, der im Vergleich zu 2014 im Bereich der städtischen Krippen zustande käme. Der zuständige Mitarbeiter des Jugendamtes sowie der Ausschussvorsitzende Herr Möller erklärten, dass dieses durch die neue einheitliche Entgeltordnung gekommen sei, welche die Eltern im Bereich der städtischen Krippen entlaste.

Herr Möller fragte nach, ob das in der einheitlichen Entgeltordnung vorgesehene mehrstufige Anpassungsverfahren zur Umsetzung der Entgeltordnung tatsächlich nicht von den freien Trägern genutzt werde. Der zuständige Mitarbeiter des Jugendamtes erklärte, dass durchaus Übergangslösungen für Härtefälle angewendet würden, diese seien allerdings nicht schriftlich festgehalten worden.

Da nicht alle Fragen abschließend geklärt werden konnten und im Zuge der Evaluierung der einheitlichen Entgeltordnung einigten sich die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses darauf die Druckdache 0374/16 auf die Sitzung im Juni zu vertagen und trafen folgende Festlegung:

Der Jugendhilfeausschuss bittet um die Beantwortung der folgenden Fragen:	DS 0499/16
<ul style="list-style-type: none">- Wie Begründet der August-Viktoria-Stift die nicht Anwendung der einheitlichen Kita-Entgeltordnung?-- Welche freien Trägern wenden die Übergangsregelungen für Härtefälle an bzw. wenden die einheitliche Kita-Entgeltordnung nicht in vollem Umfang an und warum	

wurden mit diesen keine schriftliche Vereinbarung getroffen?	
T: 02.06.2016 V: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur	

vertagt

**7.2. Informationen zu jugendhilferelevanten Beschlüssen des Stadtrates (mdl.)
BE: amt. Leiterin des Jugendamtes**

Die amt. Leiterin des Jugendamtes Frau Dr. Schwiefert gab bekannt, dass der Stadtrat am 02.03.2016 Frau Stefanie Hantke als 1. Stellvertreterin von Frau Bernhardt in den Jugendhilfeausschuss gewählt hat. Herr Stassny ist somit 2. Stellvertreter von Frau Bernhardt

Weitere jugendhilferelevante Beschlüsse des Stadtrates lagen nicht vor.

7.3. Sonstige Informationen

Sonstige Informationen von Seiten der Verwaltung lagen nicht vor.

Frau Rothe-Beinlich fragte nach ob die Drucksache 0336/16 welche im am 09.03.2016 im Finanzausschuss beraten werden sollte auch dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt werde. Der zuständige Mitarbeiter des Jugendamtes erklärte, dass die Drucksache noch nicht im Finanzausschuss beraten wurde, da die benötigte 2/3-Mehrheit zur Bestätigung der Dringlichkeit nicht vorlag. Des Weiteren stellte er den Inhalt der Drucksache den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses vor. Der Ausschussvorsitzende Herr Möller fasste zusammen, dass nach der Beschlussfassung des Finanzausschusses der Jugendhilfeausschuss darüber informiert werde, wo sich die Räumlichkeiten des Fachdienstes UMA befinden.

Da keine weiteren sonstigen Informationen vorlagen, beendete der Ausschussvorsitzende Herr Möller die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Möller
Vorsitzender


Schriftführerin